

916/A XX.GP

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Dr. Krüger
und Kollegen
betreffend restlose Aufklärung der Bereicherung von SPÖ und ÖVP zu Lasten der NS -
Opfer

Nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft im Jahr 1945 wurde die Republik Österreich als bewußte Antithese neu errichtet. Dieses freie und unabhängige Österreich, das von den Alliierten bereits 1943 in der Moskauer Außenministerkonferenz als Kriegsziel verheißen wurde rezipierte folgerichtig das bisher geltende - auch reichsdeutsche - Recht nur insoweit, als es nicht mit den Bestand eines freien und unabhängigen Staates Österreich oder mit den Grundsätzen einer echten Demokratie unvereinbar war.

Außer Kraft gesetzt wurden auch alle Bestimmungen, die dem "Rechtsempfinden des österreichischen Volkes widersprachen oder typisches Gedankengut des Nationalsozialismus" enthielten.

Während von ganzen Politikergenerationen der Koalitionsparteien SPÖ und ÖVP in Sonntagsreden und gegenüber dem staunenden Ausland immer wieder die Opferrolle Österreichs als 1. Opfer Hitlerdeutschlands betont wurde, haben die früheren Repräsentanten dieser Parteien gegenüber den tatsächlichen Opfern des Nationalsozialismus - wie sich auf Grund von Forschungsergebnissen jüngerer Historiker herausstellt - wenig Bereitschaft zur Wiedergutmachung und Rückgabe geraubten Vermögens gezeigt. Legendär sind etwa bereits die Ministerratsprotokolle der Nachkriegszeit, die belegen, daß die österreichische Bundesregierung, gestellt von ÖVP und SPÖ, nicht das geringste Interesse hatte, etwas dazu beizutragen, daß "österreichischen Juden Recht und Gerechtigkeit widerfahren sollte. Um der Alliierten, vor allem der USA, willen bequemte sich diese Regierung der Antifaschisten zu Lippenbekenntnissen. Waren die Herrschaften unter sich, beschlossen sie, alles zu tun, um die Sache in die Länge zu ziehen" (Anton Pelinka in Format 1/98).

Es bestand jedoch nicht nur keinerlei Bereitschaft, den Opfern zu ihrem guten Recht zu verhelfen, sondern es wurde darüber hinaus begonnen, die von den Nationalsozialisten arisierten Unternehmen und andere Vermögenswerte in Raubrittermanier unter die Koalitionsparteien aufzuteilen. Dazu schreibt Format 1/98:

„ÖVP und SPÖ verschleppten nach dem Krieg gezielt die Rückgabe jüdischen Eigentums. Sie schanzten es ihren Günstlingen zu, bedienten sich selbst oder verlangten von zurückgekehrten Juden sogar Parteispenden für die Rückgabe ihres Besitzes. Der sozialdemokratische Vorwärts Verlag, die Dianabad - AG, die Kurier - Druckerei Waldheim - Eberle und zahlreiche Wiener Kinos sind nur einige von vielen Fällen, in denen sich die Nachkriegsparteien von den Nazis geraubtes Vermögen einverleibten, unter ihren Einfluß brachten oder die früheren Eigentümer mit Almosen abspeisten.

In ihrer Lieblingsrolle als erste Opfer des Nationalsozialismus begannen SPÖ und ÖVP nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Aufteilung des Landes. „Wiedergutzumachen hat immer nur der, der ein Übel verschuldet oder verursacht hat. Und das war nicht die Republik“, lautete die Devise von Peter Krauland, dem Chef des Ministeriums für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung.

Schon bald hatten sich in dem von ihm geführten und für die Rückstellung zuständigen Ressort Zustände breitgemacht, die ein Mitarbeiter so beschrieb: „Es gibt auffällige Tendenzen, Ariseuren die Unternehmungen gegen die derzeitigen gesetzlichen Bestimmungen wieder zu überantworten, wenn sie bereit sind, einen Tributteil zugunsten der ÖVP zu leisten.“

In den Parteisekretariaten kursierten Listen, auf denen öffentlich verwaltete Unternehmen verzeichnet waren: Wer spendete bekam den Zuschlag. Selbst Staatsvertragskanzler Figl intervenierte für Parteifreunde.

„Man suchte sich die enormen Werte zunutze zu machen. Überall scharten sich die Geschäftemacher der Parteien um den großen Topf herum“, beschreibt der Historiker Peter Böhmer in einer unveröffentlichten Dissertation die Goldgräberstimmung: „Die Parteien haben sich eindeutig bereichert.“

Karl Ruhmann, von den Nazis enteigneter Vorbesitzer der "Guggenbacher Papierfabriken" in der Südsteiermark, fand harte Worte: Er sah sich einer "neuerlichen Arisierung" ausgesetzt. ÖVP - Emissäre hatten für die Rückstellung seines Unternehmens eine Parteispende in Höhe von 1,8 Millionen Schilling verlangt

Die SPÖ hat bis heute eine Prüfung des Vorwärts Verlages verhindert. Dadurch konnte man nie feststellen, ob der Verlag arisiertes Vermögen besitzt.

Die ÖVP spielt das Thema ebenfalls herunter. Generalsekretärin Maria Rauch - Kallat macht sich keine Sorgen: "Diese Dingen wurden ganz klar geregelt." Dennoch beauftragte Parteivorsitzender Schüssel den Leiter der politischen Abteilung, Clemens Auer, mit Nachforschungen.

Erstes Ergebnis: Auch die Parteizentrale in der Lichtenfelsgasse und das Wiener ÖVP - Hauptquartier in der Falekstraße befinden sich in einst von den Nazis arisierten Gebäuden. Die ÖVP habe die Häuser allerdings nach dem Krieg "zu einem marktgerechten Preis" (Auer) erstanden.

Eine intensivere Prüfung steht noch der ÖVP - Parteiakademie in der Wiener Tivolistraße bevor, die im Springer - Schlössl residiert. Die Jahrhundertwende - Villa, erbaut von Baron Gustav Springer, einem der reichsten Männer der k. und k. Monarchie, wurde im Jänner 1940 von den Nazis enteignet. Nach dem Krieg erhielt die aus der Emigration heimgekehrte Springer - Tochter Maria das völlig zerstörte Anwesen zurück; eine Entschädigung wurde ihr verweigert. Zynische Begründung der Rückstellungskommission: "Gerade ihre Ausreise erwies ja, daß sie die Liegenschaft nicht mehr für ihre Zwecke benötigte."

1945 kaufte die ÖVP die Villa und das 100.000 Quadratmeter große Grundstück. Die näheren Umstände sind noch ungeklärt."

Diese nunmehr bekanntgewordenen Vorgänge enthüllen in aller Deutlichkeit einmal mehr die Doppelmoral der Koalitionsparteien: nicht einmal die einzigartigen Greuel des Holocaust vermochten sie davon abzuhalten, sich am Vermögen eben dieser Opfer zu bereichern.

In dieses Bild paßt auch, daß etwa die offenkundig rechtswidrigen Ausfuhrgenehmigungen für Kunstgegenstände im Eigentum von Emigranten erst dann erteilt wurden, wenn dem Eigentümer zuvor ein Teil zu günstigen Konditionen für die Bundesmuseen abgepreßt werden konnte, der ÖGB große Vermögenswerte der früheren DAF ohne Prüfung der Eigentumsverhältnisse einstreifen konnte und die SPÖ - nahe KIBA die Zahl der von ihr betriebenen Kinos auf wundersame Weise vermehren konnte. Das Verhalten der von ÖVP und SPÖ proporzmäßig beherrschten Betriebe der Verstaatlichten Industrie gegenüber den zuvor ausgebeuteten Zwangsarbeitern spricht ebenfalls Bände.

Die Bundesregierung, die auch derzeit von SPÖ und ÖVP - also jenen Parteien, die im Verdacht stehen, sich am Vermögen der NS - Opfer bereichert zu haben gestellt wird, hat eine Historikerkommission unter Vorsitz der Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofes Dr. Clemens Jabloner eingesetzt, die das Schicksal des Vermögens der NS - Opfer in der Nachkriegszeit prüfen soll. Die Kommission sieht sich noch vor Antritt ihrer Tätigkeit heftiger Kritik ausgesetzt. Der Vorstand des Institutes für Zeitgeschichte Prof. Dr. Gerhard Jagschitz ("Wenn das alles gewesen sein soll, was der Regierung einfällt, dann blamiert sich Österreich") kritisiert insbesondere die Zusammensetzung der Kommission mit nahezu ausschließlich österreichischen, darunter sehr parteinahen, Mitgliedern. So übt etwa der Vizepräsident der ÖVP - Parteiakademie, die im oben erwähnten Springer - Schölls ihren Sitz hat, erheblichen Einfluß auf die Zusammensetzung der Kommission aus.

Von dieser Kommission ist sohin eine schonungslose, unparteiische, objektive und vollständige Aufklärung des Umganges mit dem Schicksal und dem Vermögen der NS - Opfer - abgesehen von den weiteren ungelösten Problemen des freien Zuganges zu allen Archiven - nicht zu erwarten; sie ist im Gegenteil von Anfang an mit einem Glaubwürdigkeitsdefizit behaftet. Dabei ist insbesondere auch der Umstand von Bedeutung, daß die Kommission von der Bundesregierung bestellt wird und unter Vorsitz und Verantwortung eines österreichischen Richters - ohne dessen juristische Qualifikation in geringster Weise in Zweifel zu ziehen - arbeiten soll. Die Absicht der Bundesregierung, sich gleichsam die Richter in eigener Strafsache auszusuchen, erzeugt nur den Verdacht, die Bundesregierung sei an der schonungslosen Aufklärung nicht wirklich interessiert, und kann nur als absurd bezeichnet werden.

Nur eine wirklich von den österreichischen Parteien unabhängige, internationale mit anerkannten Experten besetzte Historikerkommission kann eine erfolgreiche Aufarbeitung der Versäumnisse der Nachkriegszeit bewerkstelligen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher den nachfolgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, unverzüglich die erforderlichen Veranlassungen zur Einsetzung einer wirklich von den österreichischen Parteien unabhängigen, mit internationalen Experten besetzten Historikerkommission zur Aufarbeitung der im Zusammenhang mit dem Schicksal und dem Vermögen der NS - Opfer festzustellenden Versäumnisse der Nachkriegszeit und insbesondere der Rolle der österreichischen Bundesregierung und der damaligen Koalitionsparteien zu treffen.

Dabei ist es unverzichtbar, daß die Funktion des Vorsitzenden der Kommission international ausgeschrieben wird und alle Mitglieder der Kommission im Einvernehmen mit den Organisationen der NS - Opfer und deren Nachkommen bestellt werden.

In formeller Hinsicht wird ersucht, diesen Antrag dem Verfassungsausschuß zuzuweisen.